

sein. Selbstverständlich ist für viele der vorgeschlagenen Maßnahmen die Finanzierung der springende Punkt. Das sollte aber nicht dazu führen, daß man sich mit der Aufstellung umfangreicher Forderungskataloge begnügt und diese, wenn sie im Wahlkampf ihre Schuldigkeit getan haben, anschließend wieder in den Schubladen verschwinden läßt. Mehr denn je wird die Glaubwürdigkeit der Parteien

von der Verwirklichung ihrer familienpolitischen Aussagen abhängen. Freilich verlangt die Familie nicht nur materielle Förderung, sie bedarf auch der Stärkung ihres Selbstverständnisses und ihres Selbstbewußtseins. Das wird gerade für die Kirchen immer wieder von neuem eine Herausforderung sein müssen.

Leopold A. W. Turowski

Entwicklungshilfe unter Militärdiktaturen

Zur Situation vor allem in lateinamerikanischen Ländern

Ein Kennzeichen der Entwicklungs-Dekade der siebziger Jahre ist die Tatsache, daß mehr und mehr Entwicklungsländer von Militärs regiert werden. Besonders Länder, die in größerem Ausmaß mit der Industrialisierung begonnen haben, tun dies in der Mehrzahl unter Militärdiktaturen. Die Militärs begründen ihr Eingreifen meistens damit, daß nur sie die für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß notwendige Ruhe und Ordnung garantieren könnten. Typische Beispiele hierfür sind: Brasilien, Chile, Argentinien, Süd-Korea, mit Einschränkung auch die Philippinen. (In Brasilien wurde zur Begründung der Militärdiktaturen eine eigene Ideologie entwickelt: die der Nationalen Sicherheit.) Peru bildet insofern eine Ausnahme, als die Militärs nicht nur für wirtschaftliches Wachstum, sondern auch für notwendige soziale Reformen sorgen wollten.

Länder auf dem Wege der Industrialisierung

Eine Zeitlang – als das *brasilianische Entwicklungsmodell* Schlagzeilen machte – schien der Trend dahin zu gehen, daß noch mehr Gesellschaften der Entwicklungsländer unter Militärdiktaturen gerieten. Seit die Schwierigkeiten und ungelösten Widersprüche in den von Militärs regierten Ländern überall sichtbar werden, scheint dieser Trend gebrochen. Trotzdem wird in vielen Entwicklungsländern die weitere Entwicklung noch unter Militärregierungen vor sich gehen. Für die Organisationen der kirchlichen Entwicklungshilfe ist es daher wichtig, die besondere Situation in diesen Ländern zu kennen, um die wirksamsten Wege für die Hilfe an die armen Bevölkerungsschichten zu finden.

Die Situation in den von Militärdiktaturen regierten Ländern, die auf dem Wege der Industrialisierung sind, ist, vereinfachend dargestellt, durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Die *Wirtschaftspolitik* zielt auf ein hohes Wirtschaftswachstum ab, das durch hohe ausländische Investitionen und Ausrichtung auf den Weltmarkt erreicht wird. Die erzielten Einkommen und die sich bildenden Vermögen verteilen sich nur auf einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung. Die Masse der Bevölkerung – von einer kleinen

Mittelschicht abgesehen – hat keinen Anteil am wirtschaftlichen Wachstum. Im Gegenteil: der Industrialisierungsprozeß schafft zusätzlich zu den vorhandenen weiteren soziale Probleme und zusätzliche Randgruppen.

2. Die *staatliche Macht* garantiert den störungsfreien Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung. Deshalb werden oppositionelle Kräfte, insbesondere solche, die soziale Änderungen anstreben, möglichst ausgeschaltet.

3. Eine *staatliche Sozialpolitik*, die darauf abzielt, den bisher Unterprivilegierten Chancen der Entwicklung zu geben und die negativen Folgewirkungen der Industrialisierung für die Betroffenen abzumildern, wird vorerst nicht eingerichtet. Systeme der sozialen Sicherung werden allenfalls für die unbedingt benötigten Industrie-Arbeiter eingeführt. Es wird argumentiert, daß jeder Industrialisierungsprozeß seine sozialen Kosten habe und daß erst bei einem genügend großen Sozialprodukt sozialpolitische Maßnahmen finanzierbar würden.

4. Mit zunehmendem Abstand zwischen den Gruppen, die vom Wirtschaftswachstum profitieren und den armen Bevölkerungsschichten, deren Situation sich teilweise immer noch weiter verschlechtert, entstehen leicht *soziale Unruhen*, die mit polizeilichen und militärischen Mitteln niedergehalten werden. Dabei kommt es häufig zu Menschenrechtsverletzungen. Führer und Sprecher der benachteiligten sozialen Gruppen werden ohne rechtliche Grundlage verhaftet, gefoltert und ermordet.

5. Als Reaktion auf diese Situation entstehen häufig *Widerstands- oder Befreiungsbewegungen* verschiedener Art: von Gruppen, die nur gewaltlos Widerstand leisten wollen und demokratische Verhältnisse anstreben bis zu Gruppen, die mit Gewalt vorgehen und eine marxistische Gesellschaft errichten wollen. Gegen diese Bewegung reagiert der Militärapparat mit „Kriegserklärung“, wobei er oft keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Gruppierungen macht. (Welche Leiden diese Situation den Menschen zugefügt haben, haben die lateinamerikanischen Bischöfe im Schlußdokument der 3. CELAM-Vollversammlung in Puebla in den Abschnitten 15–71 aufgezeigt.)

Man kann sich vorstellen, daß *kirchliche Entwicklungshilfe* in dieser Situation besonders schwierig ist, da sie ja darauf abzielt, gerade die Lebenslage der ärmsten Bevöl-

kerungsschichten zu verbessern, was gesellschaftliche Veränderungen durchaus einschließt. Allein diese Zielsetzung läßt die Militärregierungen den christlichen Hilfswerken mit Mißtrauen begegnen. Die eigentliche Schwierigkeit besteht aber in Folgendem: die Entwicklungshilfe nichtstaatlicher Organisationen, wie die kirchliche, ist dann besonders wirksam, wenn sie im Entwicklungsland mit freien gesellschaftlichen Gruppen, wie Kirchen, Genossenschaften, Bauernverbänden etc., zusammenarbeiten kann, die mit Engagement und fachlichem Können soziale Probleme anpacken und dazu auch den nötigen Handlungsspielraum haben. Sind solche Gruppen aber unterdrückt oder durch das Regime eingeschüchtert oder stimmen Teile dieser Gruppen dem Regime zu, kann auch die Entwicklungshilfe von außen meist nur Not lindern, an den Ursachen der vielfältigen Notlagen aber wenig ändern.

Interessant ist festzustellen, daß in fast allen Militärdiktaturen, wie sie oben dargestellt wurden, die Kirchen noch einen *relativ großen Handlungsspielraum* haben. So können sie z. B. nicht nur im pastoralen Bereich, sondern auch in der Sozialarbeit, in der Fürsorge, im Bildungswesen, in der landwirtschaftlichen Entwicklung und im Genossenschaftswesen Initiativen ergreifen und Maßnahmen durchführen. Sie stoßen an Grenzen, wenn ihre Aktionen die Dimension politischer Kritik oder gar Opposition erreichen. Die Gründe für diesen relativen Handlungsspielraum der Kirchen liegen zum einen darin, daß in Ländern mit großer christlicher Mehrheit die Kirchen schwer zu unterdrücken sind – sie können allenfalls eingeschüchtert werden –, zum anderen darin, daß die Regierungen durchaus an bestimmten sozialen Tätigkeiten der Kirchen interessiert sind, sofern diese Tätigkeiten der Staatsmacht nicht gefährlich werden. Den so entstehenden Handlungsspielraum kann eine mutige Kirche in außerordentlicher Weise ausschöpfen, indem sie in ihren Aktivitäten immer bis an die Grenze des Konflikts mit dem Staat geht.

Das Beispiel Brasilien

Am Beispiel Brasilien kann das bisher Gesagte verdeutlicht werden: Das brasilianische Wirtschaftsmodell ist vielfach beschrieben worden. Zur Erinnerung nur einige Stichworte: Die Militärs übernehmen 1964 die Macht und organisieren mit Hilfe von Fachleuten und dem Know-how und dem Kapital ausländischer Unternehmen ein hohes Wirtschaftswachstum (zeitweilig 12%), das jahrelang anhält. Die Produktion wird weniger auf den Binnenmarkt als vielmehr auf den *Weltmarkt* ausgerichtet. Die mit dem Wirtschaftswachstum geschaffenen Vermögenswerte und Einkommen verteilen sich in den Händen weniger. Die große Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der Masse der Arbeiter, profitiert nicht davon. Im Gegenteil: ein Teil der Bevölkerung wird zunächst seiner letzten Existenzmöglichkeiten beraubt: Die Nachfrage der Agroindustrie nach großen Landflächen nimmt vielen kleinen Bauern das für ihre Existenzsicherung notwendige Land,

ohne ihnen einen Ersatz etwa in Form von neuen Arbeitsplätzen zu bieten. Durch die Mechanisierung der Landwirtschaft, besonders im Süden des Landes, entstehen zusätzliche arbeitslose Landarbeiter ohne Zugang zum Land.

Kritik an diesem Modell und Opposition werden unterdrückt. Es kommt zu Menschenrechtsverletzungen, wenn die Betroffenen ihre Rechte wahrnehmen wollen, etwa wenn Kleinbauern von ihrem ihnen rechtlich gehörenden Land durch rechtliche Manipulation und physischen Terror vertrieben werden. Mehrere hunderttausend Kleinbauern und ihre Familien sind inzwischen von diesem Schicksal betroffen. Interessenzusammenschlüsse der Benachteiligten werden unterdrückt oder nur in Formen geduldet, die der Staat kontrollieren kann.

Viele Jahre beschränkte sich die *Sozialarbeit der brasilianischen Kirche* auf das Gesundheitswesen, auf die Errichtung und den Unterhalt von beruflichen Schulen sowie auf fürsorgereiche Maßnahmen. Die Entwicklungshilfe von außen folgte diesem Muster.

Anfang der siebziger Jahre vollzog die Kirche eine *Wendung*, zuerst zögernd, dann mit ganzem Engagement. Sie wandte sich den Armen und den vom Wirtschaftssystem Unterprivilegierten zu. Sie veröffentlichte mehrere Stellungnahmen, in denen sie das brasilianische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell kritisierte und darauf hinwies, daß es den Bedürfnissen der Mehrzahl der Bevölkerung nicht gerecht würde.

Innerhalb der Bischofskonferenz wurden mehrere Kommissionen gegründet, die sich mit bestimmten Gruppen der armen Bevölkerung befassen sollten: die Kommission für die Landbevölkerung und ihre Probleme; die Kommission für die Indianer, die besonders benachteiligt waren; die Kommission für die Industriearbeiter in den industriellen Ballungszonen.

Diözesen, die mit einer oder mehreren der genannten Gruppen zu tun haben, bildeten für ihr Gebiet eigene Kommissionen. Aufgabe dieser Kommissionen ist, die Interessen der benachteiligten Gruppen zu schützen, ihnen bei Verletzungen ihrer Rechte (etwa Wegnahme von Land) auf dem Prozeßwege Recht zu verschaffen und ihnen bei ihrer weiteren Entwicklung (etwa dem Aufbau von Genossenschaften oder bei der Er kämpfung gewerkschaftlicher Rechte für die Industriearbeiter) zu helfen.

In letzter Zeit engagieren sich auch immer mehr *kirchliche Basisgemeinden*, vor allem in den städtischen Ballungsgebieten in diesen Fragen, die ja unmittelbar mit ihrer Existenz zusammenhängen. Die Kirche ist mit diesem Engagement zum Sprecher der unterprivilegierten Bevölkerung geworden und zum Kritiker des brasilianischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Sie ist in diese Rolle hineingewachsen, weil die benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen keine Möglichkeit hatten (etwa über Selbsthilfeorganisationen oder Interessenverbänden), sich zu artikulieren und ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Die Hilfswerke vieler Kirchen aus den Industrieländern

haben die brasilianische Kirche in diesem Engagement intensiv unterstützt und damit eine große Zahl der Aktivitäten zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsgruppen erst möglich gemacht. Es wird sehr deutlich, welche Verantwortung die Hilfswerke hiermit tragen.

Ähnlich, wenn auch in den Details anders, ist die Situation in *Chile*. Auch hier bezieht die Kirche als ganze Position für die ärmeren Bevölkerungsgruppen und entwirft Hilfsprogramme, die vor allem der Existenzsicherung der Kleinbauern dienen, die unter der jetzigen Wirtschaftspolitik ihr Land zu verlieren drohen. Diese Programme werden mit beachtlichen Mitteln von kirchlichen Hilfswerken unterstützt.

In anderen Ländern mit Militärdiktaturen ist der Spielraum für die kirchliche Entwicklungshilfe weit enger. So etwa in Korea, wo die Kirche nur eine Minderheit darstellt, oder in Argentinien, wo die Kirche keine einheitliche Position gegenüber der gesellschaftlichen Situation bezogen hat und wo große Teile der Kirche durch Terrormaßnahmen der Regierung eingeschüchtert sind.

Kirchen können gegensteuern

Zusammenfassend kann gesagt werden:

1. In einer Reihe von Ländern, die unter einer Militärdiktatur stehen, kann private Entwicklungshilfe von außen nicht viel mehr tun, als *akute Notlagen* (Unterernährung, Krankheiten, Vertreibungen etc.) zu lindern und den Betroffenen einen gewissen Schutz zu geben.
2. In der Mehrzahl der genannten Länder haben vor allem die Kirchen, manchmal aber auch andere nichtstaatliche Organisationen noch so viel Handlungsspielraum, daß sie auch längerfristige Entwicklungsarbeit in Gang setzen, z. B. Grundlagen für die Organisation der Bevölkerung in

Selbsthilfegruppen schaffen können. Der Aufbau von Genossenschaften und die Ausbildung von Führungskräften für diese ist – wenn auch oft mit Begrenzungen – fast immer möglich. Hilfe von außen kann hier viel für die Verbesserung der Lebenslage der Menschen tun.

3. Die Erfahrung zeigt, daß eine starke und mutige Kirche unter einer Militärdiktatur auch in dem Sinne Entwicklungshilfe leisten kann, daß sie notwendige gesellschaftliche Veränderungen anspricht (etwa Einkommensverteilung, Teilnahme aller an der Gesellschaft, Landreform etc.) und sich mit Entwicklungsmaßnahmen für die Interessen der Unterprivilegierten engagiert. Sie muß allerdings für dieses Engagement – wie die jüngsten Ereignisse in einigen lateinamerikanischen Ländern zeigen – oft große Leiden auf sich nehmen. Für die Kirchen in den Industrieländern erhebt sich die Frage, wie sie in solchen Situationen über die finanzielle Hilfe hinaus *Solidarität mit ihren Schwesterkirchen* üben können.

4. Als Reaktion auf die Militärdiktaturen sind in einer Reihe von Ländern *Widerstands- und Befreiungsbewegungen* entstanden. Einige nichtstaatliche Hilfsorganisationen in Europa und Nordamerika unterstützen diese Befreiungsbewegungen uneingeschränkt. Die meisten kirchlichen Hilfswerke haben in diesen Fragen differenziert Stellung bezogen. Sie arbeiten nicht mit den Befreiungsorganisationen zusammen, die zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anwenden, und nicht mit solchen, deren ganzes politisches Verhalten darauf schließen läßt, daß sie nach Erringung der Macht eine neue Diktatur unter anderem Vorzeichen errichten werden.

Die Zusammenarbeit wird mit solchen *Selbsthilfebewegungen* angestrebt, die im politischen Vorfeld die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung durch Selbsthilfemaßnahmen verbessern wollen und die gewaltlos gegen Unterdrückungen Widerstand leisten.

Ulrich Koch

Interview

Die Schwierigkeit, aufeinander zuzugehen

Ein Gespräch mit Herbert Wehner

Wie stark oder auch wie sehr nur scheinbar ist der Dissens zwischen den Parteien über Grundlagenfragen von Staat und Gesellschaft? Welches sind die besonderen Störfaktoren im politischen Klima der Bundesrepublik? Was behindert ein sachliches Gespräch zwischen SPD und katholischer Kirche? Dies waren die Themen des folgenden Interviews mit Herbert Wehner, das am 28. April in Bonn aufgenommen wurde. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Über dreißig Jahre Bundestag, über dreißig Jahre Grundgesetz, über dreißig Jahre Bundesrepublik, Herr Wehner, was hat sich in dieser Republik nicht so sehr in ihren außenpolitischen und nationalen Lebensbedingungen, sondern in der Substanz ihres politischen Lebens verändert?

Wehner: Wenn ich es recht bedenke, so zeigt sich in zu-